

**Schäfer-Gümbel: Religion im öffentlichen Raum
SPD-Vorsitzender spricht beim Evangelischen Bund**

Bei der Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Hofgeismar bei Kassel hat der Vorsitzende der hessischen SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel, für eine stärkere Rolle der Religion in der Gesellschaft plädiert: „Religion muss im öffentlichen Raum stattfinden.“ Der Verlust von Werteorientierung ergäbe sich auch aus dem Rückzug der christlichen Kirchen aus den gesellschaftlichen Debatten: „Wenn sich Seelsorge nicht einmischt in das gesellschaftliche Leben, kommt sie weder ihrem eigenen Auftrag nach noch wird sie den Menschen gerecht“, so der Fraktionsvorsitzende der SPD im Hessischen Landtag.

Schäfer-Gümbel: Der Nächste braucht den Nächsten

Klar bekannte sich der erst 2007 in die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau eingetretene Politiker zu seinem christlichen Glauben: „Als Politiker ist es mir wichtig, mit meinem Bekenntnis eine klare Plattform zu haben. Ich halte überhaupt nichts von der These der postsäkularen Gesellschaft. Menschen suchen nach Gott – ich bin das beste Beispiel.“ Schäfer-Gümbel ist seit 2010 berufenes Mitglied der Synode seiner Landeskirche. Nicht zuletzt sei es heute mehr denn je notwendig, einen interreligiösen Diskurs zu führen. Hierzu sei für Politiker ein differenzierter Begriff ihrer eigenen Religiosität wesentlich. Kirche und Politik müsse um Antworten ringen als Antwort auf die Orientierungslosigkeit von Menschen: „Wir brauchen Solidarität, der Nächste braucht den Nächsten“, forderte das Präsidiumsmitglied der Bundes-SPD. Das dürfe freilich nicht dazu führen, dass sich Kirche im öffentlichen Raum als parteipolitischer Akteur in Debatten einmischt. Als Beispiel seiner eigenen politischen wie auch religiösen Positionierung benannte er die Auseinandersetzung um Kreationismus als pseudowissenschaftliche Deutung im Schulunterricht. Wer versuche, religiöse Antworten als Ersatz für naturwissenschaftlichen Unterricht an der staatlichen Schulaufsicht vorbei einzuführen, überschreite eine Grenze: „Religion muss im öffentlichen Raum stattfinden, um den Missbrauch von Religion zu verhindern.“

Ueberschär: Wider eine „säkulare Überlegenheit“

Die Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentags (DEKT), Dr. Ellen Ueberschär, hat die Zunahme von religiösen Bewegungen weltweit als eine wahrnehmbare Entwicklung beschrieben, allein in Europa folge sie anderen Maßstäben. Das christliche Selbstverständnis führe zu einem höheren gesellschaftlichen Engagement: „Das religiöse Kapitel ist immer aufgeschlagen“, sagte die Referentin. Die Abdrängung der Religion ins Private sei ein Kennzeichen in zwei deutschen Diktaturen gewesen. In den 1980er Jahren habe in der Gesellschaft ein Gefühl der „säkularen Überlegenheit“ geherrscht. Und auch heute müsse „die Abdrängung der Religion ins Private in bestimmten politischen Zirkeln zur kurzschlüssigen Legitimation für eine laizistische Umgestaltung der deutschen Gesellschaft erhalten.“

Davon haben sich die Kirchen letztlich nicht erholt: „Seit von der Rückkehr der Religionen die Rede ist, wissen wir, dass damit nicht die Kirchlichkeit zurückkehrt. Zurückkehren kann ja auch nur, was schon einmal dagewesen ist. Was unter der ‚Rückkehr‘ verhandelt wird, ist

etwas anderes.“ Allerdings sei das nur eine Entwicklung und nicht deren Endpunkt: „Das Kind, das damals mit dem Bade ausgeschüttet wurde, ist nicht das Jesuskind persönlich.“ Die Kirchen hätten dafür zu sorgen, ihre Botschaft auch an Politik und Gesellschaft weiterzugeben. Dies, so Ellen Ueberschär, sei nicht nur die Aufgabe einzelner Repräsentanten in besonderen Momenten, sondern eine alltägliche Herausforderung: „Religiöse Rede im öffentlichen Raum findet nicht nur statt, wenn ein Kirchenoberhaupt im Parlament redet.“

Mit einem Rekurs auf Jürgen Habermas warnte die Kirchentags-Chefin vor einer „entgleisenden Säkularisierung“, denn liberale Ordnungen seien auf die Solidarität ihrer Staatsbürger angewiesen: „Christlich gesprochen: Wo niemand mehr das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter kennt, gerät auch der säkulare Verfassungsstaat in Bedrängnis. An der Erosion der Grundlagen des freiheitlichen Verfassungsstaats können weder Christinnen und Christen noch Kirchen ein Interesse haben.“

103. Generalversammlung des Evangelischen Bundes

Die 103. Generalversammlung des Evangelischen Bundes findet vom 6. bis 9. Oktober in Hofgeismar bei Kassel statt. 130 Gäste aus ganz Deutschland nehmen an den Bibelarbeiten, Workshops, Vorträgen, Exkursionen und Gottesdiensten teil. Referent/inn/en sind u.a. Akademiedirektor Dr. Hermann Düringer, Bischof Prof. Dr. Martin Hein, Dr. Hans-Dietrich von Loeffelholz, Prälatur Marita Natt, Kirchenrat Dr. Thomas Posern, Prof. Dr. Wilhelm Richebächer, Prof. Dr. Gury Schneider-Ludorff und Prof. Dr. Reiner Sörries.

Die Generalversammlung schließt am Sonntag (09.10.11, 10.00 Uhr) mit einem Gottesdienst in der Kasseler Martinskirche. Predigerin ist die frühere EKD-Ratsvorsitzende Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann.

4.912 Zeichen

Alexander Gemeinhardt / Dr. Roger Töpelmann

Presse-Kontakt während der Generalversammlung: 0172.6943824

Weitere Informationen auch unter www.evangelischer-bund.de

Kostenfreies Bildmaterial gerne auf Anforderung unter alexander.gemeinhardt@ki-eb.de

V.i.S.d.P. Alexander F. Gemeinhardt M.A., Referent für Publizistik
Konfessionskundliches Institut des Evangelischen Bundes

Postfach 12 55, 64602 Bensheim; Hausadresse: Ernst-Ludwig-Straße 7, 64625 Bensheim
Fon +49.6251.8433.0; Fax +49.0.6251.8433.28; alexander.gemeinhardt@ki-eb.de